

3.8 Bunt und stark: Vielfalt und Selbstbestimmung

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und
2 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen
3 Orientierungen und Hautfarben, ohne und mit Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser
4 Land. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle
5 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und
6 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine
7 Gesellschaft, in der jede*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche
8 Identität geschützt sind, auch im Netz.

9 Religion

10 Alle Menschen sollen nach ihrer Fassung selig werden, müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben
11 oder abzulegen, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen, seien sie jüdisch
12 oder christlich, muslimisch, buddhistisch oder hinduistisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von
13 religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten hat in
14 Brandenburg eine lange Tradition. Unsere vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf den Grundrechten des
15 Grundgesetzes, die Diskriminierung von Andersgläubigen dulden wir nicht, ebensowenig wie
16 antidemokratische Einstellungen oder menschenverachtenden Fanatismus.

17 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für
18 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen
19 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir unterstützen den Brandenburger Weg,
20 das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten
21 und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des
22 Humanistischen Freidenkerverbands zu ermöglichen. Mehr Transparenz wollen wir in staatliche und
23 nichtstaatliche Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bringen. Unser Ziel ist
24 ein Transparenzregister.

25 Gleichstellung LSBTTIQ*-Menschen

26 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle- und queere Menschen (LSBTTIQ*)
27 sind immer noch Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt ausgesetzt. Fast die Hälfte (48 Prozent) aller
28 LSBTTIQ*-Menschen in Brandenburg hat innerhalb der vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren.
29 Jede sechste befragte Person erlebte in dieser Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der
30 sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Die Dunkelziffer ist hoch: Das Selbstmordrisiko
31 junger LSBTTIQ* ist deutlich erhöht. Auch erwachsene LSBTTIQ*-Menschen erfahren zahlreiche Nachteile,
32 zum Beispiel im Beruf oder in der medizinischen Versorgung.

33 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und
34 für die Gleichstellung von LSBTTIQ*-Menschen gemacht. Der Aktionsplan gleicht bisher allerdings lediglich
35 einer einfachen Zustandsbeschreibung. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf
36 Maßnahmen und Kosten konkretisieren und auf seine schnelle Umsetzung achten. Diese soll anhand eines
37 regelmäßigen Berichts überprüft werden. Für die gesamte brandenburgische Verwaltung wollen wir eine
38 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen erstellen und Mitarbeitende entsprechend
39 schulen. Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken und das Projekt „Schule unterm Regenbogen“

40 (Antidiskriminierungsworkshops an Schulen und für Jugendeinrichtungen) verlässlich und dauerhaft
41 fördern. Auf die Wahrung der Rechte intersexueller Neugeborener und Kleinkinder ist besonders zu achten.
42 (Schlüsselprojekt Konsequenz Gewalt bekämpfen)

43 Der von unserer Fraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) scheiterte
44 bisher am Widerstand der SPD. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen. Wir wollen eine*n
45 Landesdiskriminierungsbeauftragte*n einführen und bei der Brandenburgischen Polizei sowie bei der Justiz
46 je eine hauptamtliche Anlaufstelle für LGBTTIQ* einrichten

47 **Inklusion und Teilhabe**

48 **Für eine inklusive Gesellschaft: barrierefrei und gleichberechtigt leben**

49 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung
50 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg wird eine
51 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber sein. Die Selbstvertretungsorganisationen
52 behinderter Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne
53 uns über uns“, das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

54 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.
55 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen
56 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber
57 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen
58 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben
59 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten
60 Menschen eingesetzt hat.

61 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand
62 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung
63 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller
64 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.
65 (Schlüsselprojekt Inklusive Gesellschaft)

66 Die Finanzierung der Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und
67 Pflichtleistung der Kommunen sein – auch wenn viele Maßnahmen im kommunalen Bereich durchgeführt
68 werden. Wir wollen eine gemeinsame Verantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden. Grundsätzlich gilt:
69 Inklusion kann sich nur als gesamtgesellschaftlicher Weg entwickeln, deshalb braucht es neben der
70 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für
71 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die
72 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die
73 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das
74 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten
75 Maßnahmen fortzuschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

76 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

77 Kanada, die Niederlande und Uruguay machen mit ihrer liberalen Cannabispolitik vor, dass Prohibition kein
78 besonders wirksames Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen ist. Kriminalisierung und Repression sind
79 keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von
80 Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern langfristig eine Regulierung
81 von Drogen, die sich an deren tatsächlichen Risiken orientiert.

82 Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden. Um Konsument*innen
83 von Betäubungsmitteln nicht unnötigen Gesundheitsgefahren auszusetzen, wollen wir Vereinen und
84 Beratungsstellen ermöglichen, Drugchecking anzubieten. Dabei werden anonym Drogen auf ihre
85 Zusammensetzung überprüft. Eine sinnvolle Leistung, denn häufig sind statt der Rauschmittel die
86 enthaltenen Streckmittel die wesentlich gefährlicheren Substanzen.

87 Wir befürworten eine schrittweise Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der Anpassung an die
88 Berliner Rechtslage und einem Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis. Wir wollen einen
89 Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für
90 erwachsene Konsument*innen durch Regulierung und Kontrolle der Qualität. (Schlüsselprojekt Neue Wege
91 in die Sucht- und Drogenpolitik)

92 Vorschlag Grüne Jugend:

93 Cannabis schrittweise legalisieren – Feierabendjoint ohne Angst genießen

94 Wir wollen dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben und zugleich Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und
95 Eigenverantwortung der Bürger*innen stärken. Wir befürworten eine Entkriminalisierung von Cannabis,
96 beginnend mit der Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese besagt, dass gegen den Besitz von weniger
97 als 10 Gramm Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden darf und auch noch bei Mengen von bis zu
98 15 Gramm eine Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir möchten diese Regelung auch in Brandenburg
99 einführen. Außerdem soll ein Modellprojekt die legale Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen.
100 Als letzten Schritt wollen wir uns im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine
101 Streichung von Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für
102 Cannabis starkmachen. Wir wollen Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach
103 dem Prinzip „Aufklärung und Transparenz statt Vorenthaltung von Information“. Gesundheitsrisiken für
104 erwachsene Konsument*innen wollen wir durch die Überprüfung auf Streckmittel minimieren. Im
105 medizinischen Bereich schätzen wir die Möglichkeit der Schmerzlinderung durch Cannabis als Arzneimittel
106 und lehnen Stigmatisierungen ab. Auch abgesehen von der psychoaktiven Wirkung weiblicher Hanfblüten
107 birgt die Hanfpflanze große Potentiale, welche wir nutzen wollen: So kann zum Beispiel aus dem Stängel
108 eine ökologische Alternative zu Kunststoff gewonnen werden. (Schlüsselprojekt Neue Wege in die Sucht-
109 und Drogenpolitik)